

NA

Verkehrsausschuß

Protokoll

11. Sitzung (nicht öffentlich)

4. Juli 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaax (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema

Abtransport der Kokshalde in Kamen-Heeren-Werve

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN 1 - 2

Bericht des Ministers für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola.

2 KLV im Raum Düsseldorf/Neuss 2 - 5

Bericht des MD Hilker (MSV) und anschließende Diskussion mit Minister Kniola.

2A

Seite

3 ÖPNV-Ausbauplan

Vorlage 11/613

6 - 11

Diskussion mit Minister Kniola und weiteren
Vertretern des MSV.

4 Kostensatzverordnung

Vorlage 11/569

11

Bericht des MD Hilker.

5 Weltkindertag 1991

11

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 11/555
und auf ein Schreiben der Präsidentin des Landtags
vom 25. Juni 1991 und bittet die Ausschußmitglie-
der um rege Beteiligung an den Veranstaltungen.

6 Neuregelung der Nachtflugbeschränkung für den Flughafen Köln/Bonn

**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/325**

**Vorlagen 11/121, 11/272, 11/396, 11/397, 11/637
Zuschriften 11/535, 11/542, 11/570**

Ausschußprotokoll 11/105

12 - 22

Abgeordneter Dreyer (CDU) erläutert zu Beginn der Diskussion den Inhalt der Beschlußempfehlung seiner Fraktion - Vorlage 11/637. Es schließt sich eine kontroverse Debatte an.

Zum Schluß wird der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/325 - gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN und eines Abgeordneten der Fraktion der CDU abgelehnt.

Die Beschlußempfehlung der Fraktion der CDU - Vorlage 11/637 - wird mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

Zur Berichterstatteerin wird Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) benannt.

Seite

7 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einschränkung des Betriebs von Flugzeugen des Kapitels 2

Vorlage 11/601

23

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

8 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1481**

23

Der Ausschuß kommt überein, von der CDU-Fraktion gewünschte Änderungen der Richtlinie in der nächsten Ausschußsitzung zu behandeln.

**9 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1991 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1991)
hier: § 40 Absatz 6 - Kommunale Finanzkraft und Höhe der Fördersätze**

Vorlage 11/624

24

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Seite

10 Verschiedenes

- | | |
|--|----|
| a) Mitteilung des Ministers betreffend Ausbildungs-
verkehr und Verkauf der Bahnbusgesellschaften | 24 |
| b) Gespräch mit Dr. Beck betreffend Gründung einer
Parlamentarischen Arbeitsgruppe Bahn | 25 |
| c) Anhörung des Ausschusses Mensch und Technik zum
Thema Verkehr am 25. September 1991 | 25 |

Nächste Sitzung: 26. September 1991

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

04.07.1991
zi-mm

7. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einschränkung des Betriebs von Flugzeugen des Kapitels 2

Vorlage 11/601

Kein Diskussionsprotokoll

8. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1481**

Abgeordneter Dreyer (CDU) regt an, Art. 5 Ziffer 1 a) folgendermaßen zu formulieren:

Dabei ist die Umweltverträglichkeit nach dem Stand der Planungen verbindlich zu prüfen.

Bezüglich Art. 5 Ziffer 2 a) vertrete die CDU-Fraktion die Meinung, daß das Verfahren gestrafft werden müßte. Die Kann-Bestimmung sollte daher eine zwingende Vorschrift werden. Hierzu erwarte sie eine Formulierung der Landesregierung.

Die in Art. 1 § 4 Abs. 2 vorgesehene Möglichkeit, Sachverständige hinzuzuziehen, wenn dies der Beschleunigung eines Verfahrens diene, müßte ebenfalls durch eine zwingende Vorschrift ersetzt werden.

Vorsitzender Jaax schlägt vor, daß die CDU-Fraktion die gewünschten Änderungen in einer Vorlage zusammenfasse und in der nächsten Ausschußsitzung zur Diskussion stelle.

Damit besteht Einverständnis.